

## TOP 3.4.8 Wiener Struktur- und Ausgabenreform (WiStA)

Die finanzielle Lage der Stadt Wien ist im nationalen Vergleich durchaus in Ordnung und im internationalen Vergleich sehr gut. Trotzdem werden die restriktiven Fiskalregeln, die aus dem Österreichischen Stabilitätspakt resultieren, ohne entsprechende Einsparungsmaßnahmen hinkünftig von der Stadt Wien verletzt werden. Um allfällige Einsparungspotentiale auszuloten, arbeitet die Stadtregierung zurzeit an der Wiener Struktur- und Ausgabenreform (WiStA).

Im Oktober 2016 haben Bürgermeister Michael Häupl gemeinsam mit Vizebürgermeisterin Maria Vassilakou, Finanzressort-Chefin Renate Brauner und Magistratsdirektor Erich Hechtner einen Zwischenbericht zur Wiener Struktur- und Ausgabenreform und einen Ausblick zu „Wien neu denken“ präsentiert. Erklärtes Ziel ist „die Optimierung und Straffung der Verwaltung, allerdings ohne Abstriche bei sozialen Kernaufgaben. Durch die Bündelung von Ressourcen ist es so auch in Zeiten schlechter Wirtschaftslage und Austeritätspolitik für Wien möglich, Investitionen für die wachsende Stadt aus dem eigenen Budget zu stellen.“ Die angestrebten Einsparungsmaßnahmen sollen die Angebote und Dienstleistungen der Stadt so gestalten, dass sie möglichst treffsicher für all jene sind, die sie wirklich brauchen. Das heißt auch, dass mit den vorhandenen Mitteln sorgsam umgegangen und diese entsprechend priorisiert werden müssen.

Folgende Maßnahmenpakete und Projektgruppen wurden der Öffentlichkeit präsentiert:

### 1. Entbürokratisierung

Durch Entbürokratisierungsmaßnahmen sollen 2017 rund 23 Millionen Euro eingespart werden:

- Wo möglich, werden vereinfachte Bewilligungen, etwa im Bereich der Bauordnung, langwierige Genehmigungen ablösen.
- Durch Bündelung und Neuordnung von Zuständigkeiten soll die Effizienz gesteigert werden. Städtische Hotlines könnten beispielsweise zusammengelegt werden.
- Durch Straffung von Aufgaben können beispielsweise in der Pflegeausbildung oder im Bereich Internationales weitere Optimierungen umgesetzt werden.
- Verstärkte Nutzung von digitalen Möglichkeiten, sowohl bei Analysen und Erhebungen als auch durch die Verwendung von ePapers oder Mailings statt Druckwerken. Kataloge, Broschüren, Berichte, Give-Aways, Folder etcetera können so reduziert werden.

### 2. Aufgabenoptimierung

Durch die Optimierung von Aufgaben sollen 2017 rund 77,2 Millionen Euro eingespart werden:

- Weitere Erhöhung der Treffsicherheit und Fokussierung des Förderportfolios sowie Bereinigung von Parallelstrukturen (beispielsweise Garagenförderung, Wirtschaftsförderung)
- Effiziente Strukturen (beispielsweise Mistplätze, Sägewerk Hirschwang)
- Prozessoptimierungen, beispielsweise Kompetenzkonzentration durch Schaffung eines zentralen Baubereichs für Bildungsinfrastruktur oder Konzentration der Bezirksgesundheitsämter.
- Verlegung von Dienststellen in kostengünstigere Gebäude

### 3. Personal

Für eine umfassende Struktur- und Aufgabenreform muss auch der Personalbereich einen Beitrag leisten. Diesbezügliche Details werden in sozialpartnerschaftlichen Gesprächen vereinbart. Genauso trifft das auch auf die politische Ebene zu. Sie wird selbstverständlich ebenfalls einen Solidarbeitrag leisten.

#### **4. Schaffung eines einheitlichen Wiener Wohngelds**

In einer weiteren Projektgruppe wird statt der bisher angebotenen Parallelförderstruktur ein einheitliches Wiener Wohngeld geschaffen, das transparent und treffsicher für jene verfügbar ist, die es brauchen.

##### **Einschätzung**

Da die überwiegende Mehrheit der bislang vorliegenden Einsparungsvorschläge noch sehr vage formuliert ist bzw nur in Form von Überschriften vorliegt, ist eine konkrete Bewertung oft nur schwer möglich. Exemplarisch kann das am Beispiel „Schaffung eines einheitlichen Wiener Wohngelds“ veranschaulicht werden. Dem Vernehmen nach ist hier eine organisatorische Umstellung und Vereinheitlichung geplant. Dagegen ist vorerst einmal nicht viel einzuwenden. Sollte die Stadt allerdings damit die Anspruchsgrundlagen für Wohnzuschüsse verringern wollen, ist das deutlich kritischer zu beurteilen.

Insgesamt ist jedenfalls anzumerken, dass das bisher kommunizierte Einsparungsvolumen von ca 130 Mio € nicht ausreichen wird, um einen Maastricht-konformen Budgetpfad einhalten zu können. Somit ist vermutlich schon in näherer Zukunft mit weiteren Einsparungsmaßnahmen zu rechnen.

##### **„Wien neu denken“**

Neben den bereits in Umsetzung befindlichen Maßnahmen werden auch vier Innovationsgruppen eingerichtet. Diese beschäftigen sich unter dem Motto „Wien neu denken“ mit längerfristigen Strukturreformen. Ziel der Innovationsgruppen ist, zu überlegen, wie die Organisation einer Zwei-Millionen-Metropole aussehen könne, welche Aufgaben die Verwaltung zu leisten hat und wie Leistungen in der sich verändernden Stadt auch ankommen, wo sie gebraucht oder nachgefragt werden. Diese vier Arbeitsgruppen untergliedern sich in folgende Bereiche:

- Neuorganisation der Stadt
- Deregulierung und Vereinfachung
- Bezirksreform
- Stadtteil- und Grätzelarbeit

Sie sollen noch im ersten Halbjahr 2017 Ergebnisse vorlegen.

##### **AK-Studie „Wien Neu – passende Strukturen für die wachsende Stadt“**

Viele Themenbereiche, die in den vorgeschlagenen vier Innovationsgruppen diskutiert werden sollen, werden auch in der von der Abteilung Kommunalpolitik in Auftrag gegebenen Studie „Wien Neu – passende Strukturen für die wachsende Stadt“ behandelt. In der Studie wird unter anderem der Frage nachgegangen, ob die bestehenden Organisationseinheiten der wachsenden Stadt geeignet sind,

- die Herausforderungen des Wachstums sozialverträglich zu bewältigen,
- sicherzustellen, dass dabei die verschiedenen Aufgaben- und Verantwortungsbereiche in der Stadtentwicklung zueinander passen,
- Maßnahmen von gesamtstädtischer Bedeutung auch zentral entscheiden zu können und gleichzeitig strukturelle Unterschiede der verschiedenen Stadtteile und Bezirke ausreichend zu berücksichtigen,
- gesamtstädtisches öffentliches Interesse und lokale Befindlichkeiten in Einklang zu bringen.

Im Rahmen der Studie wurde auch eine Analyse der Aufgaben- und Kompetenzverteilung zwischen Gesamtstadt und Bezirken sowie der Bezirksbudgets durchgeführt. Insofern hat hier die Arbeiterkammer prospektiv empirische Grundlagen erarbeiten lassen, die nun zur Verfügung stehen, um sie allenfalls in die politische Diskussion einzubringen.